



Bundesministerium f. Verkehr,
Innovation und Transport
III/PT2

per Email: JD@bmvit.gv.at

Innsbruck, am 24.05.2007

BMVIT-630.333/0001-III/PT2/2007

Umsetzung der Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung, Änderung des TKG 2003

Sehr geehrte Damen und Herren,

hotze.com Martin Hotze ist ein kleiner in Tirol regional tätiger Internet Diensteanbieter. Ich nehme zu obigen Entwurf kritisch Stellung, schliesse mich im Kern den Aussagen der ARGE Daten und der ISPA an, führe aber zusätzlich aus:

Die bisher geführte Diskussion handelt leider nur noch von Schadensminimierung, Eindämmung von Kosten und um Verhinderung von Ausuferungen.

Im Bereich der Kostentragung ist der Entwurf nicht eindeutig: Man kann keine wirtschaftlichen Auswirkungen nennen. Ich kann dazu ausführen dass auf dem Markt der Diensteanbieter das gute Geschäft über die Masse an Kunden gemacht wird. Kleine Diensteanbieter werden es also doppelt schwer bekommen, da die Grundkosten einer Überwachung bei einem kleinen Anbieter auf nur wenige Kunden verteilt werden müssen. Es gilt daher um Klarstellung dass der Gesetzgeber – wenn schon eine Überwachung kommt – direkt für die Kosten der Überwachung nach dem Prinzip der Kostenwahrheit (und nicht pauschaliert) aufkommt.

Ich möchte aber deutlich darauf hinweisen dass eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung ein wesentlicher Eingriff in die Rechte jedes einzelnen Bürgers ist. Daher ist nicht nur auf penible Einhaltung der Verfassung zu achten, sondern es ist auch das Volk zu befragen ob das Volk will dass es durch seine Volksvertreter unter Generalverdacht gestellt und überwacht wird.

Zudem werden die Daten von vielen privaten Unternehmen, oft mit Muttergesellschaften im Ausland (auch ausserhalb der EU) gespeichert, wobei es durchaus zu Mehrfachspeicherung der selben Daten kommen kann und um gewollte oder ungewollten Datenzugriff und Datenweitergabe im Ausland.

Der Unsinn der Datenspeicherung zum Kampf gegen den Terrorismus erschliesst sich leicht: Es werden Verbindungsdaten gespeichert die maximal zur Erstellung eines Profils dienen. Terroristen können dieses System einfach umgehen (Wertkartentelefon, Telefonzelle, usw), übrig bleibt der unbescholtene und überwachte Bürger (und Wähler).

Ich stelle der Politik ein Armutszeugnis aus wenn sie es für wichtig und richtig erachtet seine eigenen Bürger verdachtsunabhängig zu überwachen.

Ich ersuche daher um Berücksichtigung der Anregungen und ersuche gegenüber dem Volk eine klare und ehrliche Position zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Hotze
per Email